

Nula Frei

Menschenhandel und Asyl

Die Umsetzung der völkerrechtlichen Verpflichtungen
zum Opferschutz im schweizerischen Asylverfahren



Nomos



Stämpfli Verlag

Schriften zum Migrationsrecht

Herausgegeben von

Klaus Barwig, Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Prof. Dr. Jürgen Bast, Universität Gießen

Prof. Dr. Ulrike Davy, Universität Bielefeld

Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano, Universität Bremen

Prof. Dr. Marie-Claire Foblets,

MPI für ethnologische Forschung, Halle

Prof. Dr. Thomas Groß, Universität Osnabrück

Prof. Dr. Winfried Kluth, Universität Halle-Wittenberg

Prof. Dr. Daniel Thym, Universität Konstanz

Band 27

Nula Frei

Menschenhandel und Asyl

Die Umsetzung der völkerrechtlichen Verpflichtungen
zum Opferschutz im schweizerischen Asylverfahren



Nomos



Stämpfli Verlag

Inauguraldissertation zur Erlangung der Würde eines Doctor iuris der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern

Die Fakultät hat diese Arbeit am 27. April 2017 auf Antrag der beiden Gutachter, Prof. Dr. Alberto Achermann und Prof. Dr. Judith Wyttenbach, als Dissertation angenommen.

Die Druckvorstufe dieser Publikation wurde vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung unterstützt.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Bern, Univ., Diss., 2017

ISBN 978-3-8487-4372-8 (Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden Print)

ISBN 978-3-8452-8628-0 (Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden ePDF)

ISBN 978-3-7272-1026-6 (Stämpfli Verlag, Bern)

1. Auflage 2018

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Diese Arbeit hat ihren Ursprung in meiner im Frühjahr 2012 an der Universität Bern verfassten Masterarbeit, die anschliessend zum Dissertationsprojekt erweitert wurde. Während ich zu Beginn meiner Beschäftigung mit dem Thema im Gespräch mit Fachpersonen und KollegInnen häufig auf Fehl- oder Unverständnis für das Thema stiess, liess sich im Laufe der vergangenen fünf Jahre beobachten, wie die Thematik immer stärker in die (fach-)öffentliche Wahrnehmung vorgerückt ist. Es ist ein Privileg, Teil dieser Entwicklungen gewesen zu sein und ich hoffe, mit der vorliegenden Arbeit weitere Impulse für die Debatte beisteuern zu können.

Die Dissertation wurde im Februar 2017 der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern zur Begutachtung vorgelegt und im April 2017 verteidigt. Rechtsstand, Praxis, Literatur und Statistiken wurden für die Publikation bis Dezember 2017 aufdatiert.

Meinem Betreuer und Erstgutachter Prof. *Alberto Achermann* danke ich für das mir und dem Thema von Beginn an entgegen gebrachte Vertrauen, die vielfältige Förderung und den stets gewährten Freiraum. Prof. *Judith Wyttenbach* hat nicht nur das Zweitgutachten sehr rasch erstellt, sondern mir auch schon in früheren Stadien der Arbeit wertvolle Hinweise zum Aufbau und zum Einbezug der Gender- und Diskriminierungsperspektive gegeben. Prof. *Jörg Künzli* hat meine wissenschaftliche Herangehensweise stark geprägt und war zudem als Vorgesetzter stets verständnis- und rücksichtsvoll, nicht nur in der Schlussphase der Dissertation. Prof. *Astrid Epiney* schliesslich hat ihr Vertrauen durch die Anstellungszusage am Institut für Europarecht der Universität Fribourg noch vor Fertigstellung der Arbeit ausgedrückt. Ich danke weiter den Herausgebern der Reihe „Schriften zum Migrationsrecht“ für die Aufnahme in die Reihe. Der Schweizerische Nationalfonds hat die Publikation dieses Buches durch eine grosszügige finanzielle Unterstützung gefördert.

Verschiedene Personen aus der Praxis haben sich Zeit genommen für meine Fragen und so zum Gelingen der Dissertation erheblich beigetragen: *Eva Andonie* von der Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration FiZ in Zürich, *Claire Potaux-Vesy* und *Sascha Nlabu* von IOM in Bern, *Nina Gutweninger* von der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, *Raffaella Massara* von der RBS Testbetrieb, *Boris Mesaric* und *Christian Plaschy*

von der Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschen-smuggel KSMM, *Alexander Ott*, Vorsteher Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei der Stadt Bern sowie *Liselotte Barzé-Loosli* und *Pierre-Alain Ruffieux* vom SEM. Ein ganz besonderer Dank gebührt Frau *Eveline Haxhija* vom SEM für ihr Wohlwollen mir gegenüber und die Grosszügigkeit, mit welcher sie mir Einblick in die Praxis des SEM ermöglicht hat.

Viele Menschen haben in der einen oder anderen Form zur Schärfung meiner Gedanken und Präzisierung der Formulierungen beigetragen. *Anne Kneer* hat weite Teile der Dissertation gelesen, korrigiert und kommentiert. Die Teilnehmenden der Graduate School Gender Studies am IZFG in Bern, die KollegInnen vom Institut für öffentliches Recht sowie die Teilnehmenden der Doktorierendenseminare des Zentrums für Migrationsrecht haben fundiertes Feedback gegeben. Unzählige gemeinsam verbrachte Stunden und gegenseitige Unterstützung verbinden mich mit *Vijitha Fernandes*. In den verschiedenen Stadien dieser Arbeit besonders präsent waren auch meine KollegInnen *Alexandra Büchler*, *Anja Eugster*, *Martin Hemmi*, *Stefan Schlegel*, *Maria Schultheiss* und *Barbara von Rütte*. Grossherzig und spontan haben sodann meine KollegInnen vom Institut für Europarecht in Fribourg die Verteidigung mit mir geübt: *Sian Affolter*, *Teresia Gordzielik*, *Robert Mosters*, *Daniela Nüesch*, *Salome Schmid*, *Déborah Sangsue* und *Benedikt Pirker*.

Dankbar bin ich den Menschen, auf die ich in dieser Zeit stets zählen konnte, darunter insbesondere meine Eltern, *Katharina Ammann* und *Stefan Frei Reigber* und meine Geschwister *Dana* und *Miro*. Auch *Laura Elmiger*, *Michael Füglistner*, *Lyn Pleger*, *Fabian* und *Johanna Hruschka* sowie *Wibke* und *Thore Reigber* waren Teil dieser Reise.

Die Nennung an letzter Stelle wird seiner Bedeutung eigentlich nicht gerecht: Ohne *Constantin Hruschka* wäre nichts wie es ist, auch nicht diese Arbeit. Mit seiner Unterstützung und Ermunterung, seiner Kritik, seinem Lob, seinen Anregungen und seiner Zuversicht hat er diese Arbeit in einer Weise begleitet und geprägt, die auf so kleinem Raum kaum ausgedrückt werden kann. Er hat die Hochs und die Tiefs dieses Schreibprozesses direkt mit- und manchmal auch abbekommen. Ich bin dir zutiefst dankbar, Tino. Die Arbeit sei dir gewidmet.

Bern und Fribourg, im Dezember 2017

Inhaltsübersicht

Abkürzungen	27
EINLEITUNG	35
§ 1 Forschungsdesign	38
I. Fragestellung	38
II. Forschungsstand	39
III. Gang der Untersuchung	41
§ 2 Das Phänomen Menschenhandel	45
I. Grundlegende rechtliche Definitionen	45
II. Menschenhandel weltweit und in der Schweiz	55
III. Menschenhandel im Schweizerischen Asylverfahren: eine Annäherung	59
TEIL I: VÖLKER- UND VERFASSUNGSRECHTLICHE VORGABEN	83
§ 3 Der rechtliche Rahmen	84
I. Die Entwicklung eines Menschenhandelsbekämpfungsrechts	84
II. Allgemeiner Schutz vor schwerer Ausbeutung	89
III. Schutz besonderer Gruppen vor Ausbeutung	121
IV. Flüchtlingsrechtlicher Schutz und Verbot des Refoulement	140
V. Zwischenfazit zum rechtlichen Rahmen	153
§ 4 Staatliche Pflichten gegenüber Menschenhandelsopfern	155
I. Übersicht	155
II. Erkennung und Identifizierung	156
III. Erholungs- und Bedenkzeit	185

IV. Gewährleisten der Sicherheit des Opfers	191
V. Unterstützung	194
VI. Aufenthaltsbewilligung	208
VII. Verzicht auf Strafverfolgung der Opfer	211
VIII. Rückkehr und Rückführung	212
IX. Zwischenfazit zu den staatlichen Pflichten gegenüber Menschenhandelsopfern	217
TEIL II: SCHUTZGEWÄHRUNG	219
§ 5 Beurteilung der Flüchtlingseigenschaft von Menschenhandelsopfern	220
I. Einführung	220
II. Der Flüchtlingsbegriff	222
III. Die Flüchtlingseigenschaft von Menschenhandelsopfern	232
IV. Zwischenfazit zur Flüchtlingseigenschaft	294
V. Umsetzungsbedarf in der Praxis	298
§ 6 Exkurs: Glaubhaftigkeitsbeurteilung bei Menschenhandelsopfern	300
I. Glaubhaftigkeitsprobleme in der Praxis	301
II. Die Glaubhaftigkeitsbeurteilung nach dem Asylgesetz	303
III. Besonderheiten der Glaubhaftigkeitsbeurteilung bei Menschenhandelsopfern	305
IV. Umsetzungsbedarf	311
§ 7 Asylgewährung bei Menschenhandelsopfern	312
I. Die Grundsätze der Asylgewährung	312
II. Ausschluss wegen Asylunwürdigkeit	313
III. Ausschluss wegen subjektiver Nachfluchtgründe	316
IV. Zwischenfazit zur Asylgewährung	320
V. Umsetzungsbedarf in der Praxis	321

§ 8 Wegweisungsvollzugshindernisse und vorläufige Aufnahme	323
I. Übersicht	323
II. Unzulässigkeit des Wegweisungsvollzugs	324
III. Unzumutbarkeit des Wegweisungsvollzugs	339
IV. Zwischenfazit zu den Wegweisungsvollzugshindernissen	347
V. Umsetzungsbedarf in der Praxis	349
 TEIL III: AUSWIRKUNGEN DES MENSCHENHANDELSBEKÄMPFUNGSRECHTS AUF DAS ASYLVERFAHREN	 351
§ 9 Erkennen und Identifizieren: Ausgangslage	353
I. Die Bedeutung von Erkennen und Identifizieren im Asylverfahren	353
II. Aktuelle Praxisvorgaben in der Schweiz	355
III. Zwischenfazit	370
§ 10 Erkennungsstufe im Asylverfahren	371
I. Rekapitulation der rechtlichen Vorgaben	371
II. Exkurs: Erkennung im Europäischen Asyl-Acquis	372
III. Sicherstellen des Erkennens	375
IV. Die Auslösungsschwelle „konkrete Anhaltspunkte“	380
V. Zwischenfazit und Umsetzungsbedarf auf Erkennungsstufe in der Schweiz	382
§ 11 Auswirkungen des Erkennens konkreter Anhaltspunkte	384
I. Übersicht	384
II. Gewähren einer Erholungs- und Bedenkzeit	384
III. Schutz der physischen Sicherheit	396
IV. Gewährleisten der Unterstützung	407
V. Doppelte Weiterverweisungspflicht	436
VI. Suspendierung des Asylverfahrens	440

VII. Zwischenfazit zu den Auswirkungen des Erkennens im Asylverfahren	442
§ 12 Formelles Identifizierungsverfahren	444
I. Rekapitulation der rechtlichen Vorgaben	445
II. Die zuständige Stelle für die Identifizierung	446
III. Umsetzung in der Schweiz	462
IV. Zwischenfazit zum formellen Identifizierungsverfahren	474
§ 13 Auswirkungen der formellen Identifizierung	475
I. Regularisierung des Aufenthalts	475
II. Auswirkungen der formellen Identifizierung auf das weitere Asylverfahren	508
III. Erweiterte Unterstützungspflichten	515
IV. Rückkehr in Sicherheit und Würde	519
V. Zwischenfazit zu den Auswirkungen des Identifizierens im Asylverfahren	547
§ 14 Auswirkungen von Erkennung und Identifizierung auf die Zuständigkeit zur Durchführung des Asylverfahrens	550
I. Übersicht	550
II. Standardabläufe des SEM	554
III. Umsetzung der Opferschutzverpflichtungen im Dublin-Verfahren	557
IV. Mögliche Anwendung der Zuständigkeitskriterien auf Menschenhandelsopfer	563
V. Dublin-Überstellung	575
VI. „Drittstaatenfälle“	579
VII. Zwischenfazit zu den Auswirkungen auf die Zuständigkeitsbestimmung	581
SCHLUSSFOLGERUNGEN	585
I. Breite rechtliche Basis und weitreichende Verpflichtungen	585

II. Potential für materielle Schutzgewährung	585
III. Prozedurale Verbindung zweier Rechtsgebiete	588
IV. Ein idealtypisches Identifizierungsmodell	589
V. Dublin-Verfahren	592
VI. Anpassungsbedarf	593
VII. Weiterer Forschungsbedarf	596
Literaturverzeichnis	599
Materialienverzeichnis	621
Verzeichnis abgekürzt zitierter Judikatur und Praxis internationaler Überwachungsorgane	625

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	27
EINLEITUNG	35
§ 1 Forschungsdesign	38
I. Fragestellung	38
II. Forschungsstand	39
III. Gang der Untersuchung	41
1. Verwendete Quellen	41
2. Gliederung	42
§ 2 Das Phänomen Menschenhandel	45
I. Grundlegende rechtliche Definitionen	45
1. Menschenhandel	45
1.1. Völkerrechtliche Definition gemäss Palermo-Protokoll	45
1.2. Einordnung unter Art. 4 EMRK	47
1.3. Abgrenzung zu Menschenschmuggel	50
1.4. Zwischenfazit zur Menschenhandelsdefinition	51
2. Opfer von Menschenhandel	52
II. Menschenhandel weltweit und in der Schweiz	55
III. Menschenhandel im Schweizerischen Asylverfahren: eine Annäherung	59
1. Statistiken des SEM	60
2. Asyldossiers des SEM	62
2.1. Fall Nr. 1 (Frau aus Nigeria)	64
2.2. Fall Nr. 2 (Frau aus Ghana)	65
2.3. Fall Nr. 3 (Geschwister aus Angola)	66
2.4. Fall Nr. 4 (Familie aus Afghanistan)	67
2.5. Fall Nr. 5 (Jugendlicher aus Guinea)	68
2.6. Fall Nr. 6 (Mutter und Tochter aus der DR Kongo)	69
2.7. Fall Nr. 7 (Frau aus Guinea)	70

2.8. Fall Nr. 8 (Frau aus Nepal)	72
2.9. Fall Nr. 9 (Frau aus Côte d'Ivoire)	74
3. Urteile des Bundesverwaltungsgerichts	77
4. Zwischenfazit	79
 TEIL I: VÖLKER- UND VERFASSUNGSRECHTLICHE VORGABEN	 83
§ 3 Der rechtliche Rahmen	84
I. Die Entwicklung eines Menschenhandelsbekämpfungsrechts	84
II. Allgemeiner Schutz vor schwerer Ausbeutung	89
1. Zusatzprotokoll zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität („Palermo-Protokoll“)	90
2. Konvention des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels	92
3. Menschenrechtliche Garantien	97
3.1. UNO-Pakt II über bürgerliche und politische Rechte	98
3.2. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe	100
3.3. Europäische Menschenrechtskonvention	102
4. Exkurs: Menschenhandelsbekämpfungsrecht der EU	105
5. „Soft Law“	109
6. Schweizerisches Verfassungs- und Gesetzesrecht	112
6.1. Verankerung in der Bundesverfassung	112
6.1.1. Persönliche Freiheit (Art. 10 BV)	113
6.1.2. Wirtschaftsfreiheit (Art. 27 BV)	114
6.1.3. Verbot des Organhandels (Art. 119 a Abs. 3 BV)	116
6.2. Übersicht über die bundesgesetzliche Umsetzung	117
III. Schutz besonderer Gruppen vor Ausbeutung	121
1. Frauen und Mädchen	122
1.1. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau	122
1.2. Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention)	125

1.3. Schweizerisches Verfassungs- und Gesetzesrecht	127
2. Kinder	129
2.1. ILO-Übereinkommen zum Schutz vor Kinderarbeit	129
2.2. Übereinkommen über die Rechte des Kindes und Fakultativprotokoll Nr. 2	131
2.3. Übereinkommen des Europarats zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (Lanzarote-Konvention)	133
2.4. Schweizerisches Verfassungs- und Gesetzesrecht	134
3. Menschen mit einer Behinderung	137
3.1. Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen	137
3.2. Schweizerisches Verfassungs- und Gesetzesrecht	139
IV. Flüchtlingsrechtlicher Schutz und Verbot des Refoulement	140
1. Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge	141
2. Menschenrechtliche Refoulement-Verbote	143
3. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem	144
4. Schweizerisches Verfassungs- und Gesetzesrecht	147
4.1. Das Asylverfahren in der Schweiz	149
4.2. Das Dublin-Verfahren in der Schweiz	151
4.3. Neustrukturierung des Asylbereichs	152
V. Zwischenfazit zum rechtlichen Rahmen	153
§ 4 Staatliche Pflichten gegenüber Menschenhandelsopfern	155
I. Übersicht	155
II. Erkennung und Identifizierung	156
1. Bedeutung von Erkennen und Identifizieren	156
2. Das Identifizierungsverfahren	160
2.1. Auslösungsschwelle für die Identifizierungspflicht	161
2.2. Phasen des Identifizierungsverfahrens	162
2.2.1. Erkennungsstufe	163
2.2.2. Identifizierungsstufe	167
2.3. Anforderungen an das Verfahren	168
2.3.1. Verfahrensgarantien	168
2.3.2. Formalisierter und multidisziplinärer Identifizierungsmechanismus	173

2.3.3. Gewährleistungspflichten bei potentiellen Opfern	176
2.3.4. Gewährleistungspflichten bei identifizierten Opfern	177
2.3.5. Rekapitulation: Opferschutz als Prozess	178
3. Erkennung und Identifizierung von minderjährigen Opfern	179
3.1. Spezieller Identifizierungsmechanismus für Minderjährige	179
3.2. Altersbestimmung	182
3.3. Schutz unbegleiteter minderjähriger Opfer	184
III. Erholungs- und Bedenkzeit	185
1. Voraussetzungen der Gewährung einer Erholungs- und Bedenkzeit	186
2. Materielle Garantien während der Erholungs- und Bedenkzeit	188
3. Dauer und Beendigung	190
IV. Gewährleisten der Sicherheit des Opfers	191
V. Unterstützung	194
1. Grundsätze der Unterstützung	194
2. Die einzelnen Unterstützungsmassnahmen	199
2.1. Angemessene und sichere Unterkunft	199
2.2. Psychologische Unterstützung	201
2.3. Materielle Hilfe	201
2.4. Medizinische Versorgung	202
2.5. Übersetzungs- und Dolmetscherdienste	203
2.6. Beratung und Information	204
2.7. Rechtsbeistand	206
2.8. Zugang zu Bildung für Minderjährige	207
2.9. Zugang zum Arbeitsmarkt	207
VI. Aufenthaltsbewilligung	208
VII. Verzicht auf Strafverfolgung der Opfer	211
VIII. Rückkehr und Rückführung	212
1. Einhalten des Refoulement-Verbots	213
2. Garantien im Fall einer Rückführung	215
3. Repatriierungsprogramme und Rückkehrhilfe	217

IX. Zwischenfazit zu den staatlichen Pflichten gegenüber Menschenhandelsopfern	217
TEIL II: SCHUTZGEWÄHRUNG	219
§ 5 Beurteilung der Flüchtlingseigenschaft von Menschenhandelsopfern	220
I. Einführung	220
II. Der Flüchtlingsbegriff	222
1. Die rechtliche Normierung des Flüchtlingsbegriffs	222
2. Elemente der Flüchtlingsdefinition und Prüfschema	224
3. Auslegungsgrundsätze der Flüchtlingseigenschaft	225
3.1. Die Massgeblichkeit der völkerrechtlichen Auslegungsmethoden	225
3.2. Die menschenrechtliche Auslegung des Flüchtlingsbegriffs	226
3.3. Beachten der geschlechtsspezifischen Verfolgungsformen	230
III. Die Flüchtlingseigenschaft von Menschenhandelsopfern	232
1. Aufenthalt ausserhalb des Herkunftsstaates	233
2. Verfolgung	233
2.1. Die Definition des Verfolgungsbegriffs	234
2.1.1. Die internationale Doktrin	234
2.1.2. Der Schweizer Ansatz	235
2.1.3. Eigene Arbeitsdefinition	238
2.2. Verfolgungshandlungen im Zusammenhang mit Menschenhandel	240
2.2.1. Re-trafficking	240
2.2.2. Vergeltungs- oder Einschüchterungsmassnahmen	246
2.2.3. Stigmatisierung, Diskriminierung, soziale Ausgrenzung	247
2.3. Die Gezieltheit der Verfolgung bei Menschenhandel	250
3. Fehlender staatlicher Schutz	251
3.1. Allgemeine Voraussetzungen	251
3.2. Anwendung auf Menschenhandel	254
3.2.1. Urheber der Verfolgung	255
3.2.2. Schutzwille	256

3.2.3. Schutzfähigkeit	258
3.2.4. Zumutbarkeit	261
3.2.5. Zugänglichkeit	262
4. Abwesenheit internen Schutzes	263
4.1. Allgemeine Voraussetzungen	263
4.2. Anwendung auf Menschenhandel	265
5. Anknüpfen der Verfolgung an ein Konventionsmerkmal	268
5.1. Allgemeine Vorgaben	268
5.1.1. Die Konventionsmerkmale	268
5.1.2. Das Merkmal „Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe“	270
5.1.3. Die Kausalität zwischen Verfolgung und Konventionsmerkmal	274
5.2. Anwendung auf Menschenhandel	276
5.2.1. Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe	276
5.2.2. Rasse, Nationalität, Religion, politische Anschauungen	283
5.2.3. Kausalität des Konventionsmerkmals bei Menschenhandel	285
6. Begründete Furcht vor zukünftiger Verfolgung	290
6.1. Allgemeine Vorgaben	290
6.2. Begründete Furcht bei Menschenhandel	292
IV. Zwischenfazit zur Flüchtlingseigenschaft	294
V. Umsetzungsbedarf in der Praxis	298
§ 6 Exkurs: Glaubhaftigkeitsbeurteilung bei Menschenhandelsopfern	300
I. Glaubhaftigkeitsprobleme in der Praxis	301
II. Die Glaubhaftigkeitsbeurteilung nach dem Asylgesetz	303
III. Besonderheiten der Glaubhaftigkeitsbeurteilung bei Menschenhandelsopfern	305
IV. Umsetzungsbedarf	311
§ 7 Asylgewährung bei Menschenhandelsopfern	312
I. Die Grundsätze der Asylgewährung	312

II. Ausschluss wegen Asylunwürdigkeit	313
1. Die Asylunwürdigkeit infolge verwerflicher Handlungen	314
2. Asylunwürdigkeit bei Menschenhandelsopfern durch Begehung strafbarer Handlungen?	315
III. Ausschluss wegen subjektiver Nachfluchtgründe	316
1. Die subjektiven Nachfluchtgründe im Allgemeinen	316
2. Schaffung subjektiver Nachfluchtgründe durch Ausstieg aus dem Menschenhandel?	318
IV. Zwischenfazit zur Asylgewährung	320
V. Umsetzungsbedarf in der Praxis	321
§ 8 Wegweisungsvollzugshindernisse und vorläufige Aufnahme	323
I. Übersicht	323
II. Unzulässigkeit des Wegweisungsvollzugs	324
1. Das Folterverbot als Vollzugshindernis	325
1.1. Allgemeine Voraussetzungen	325
1.2. Anwendung auf Menschenhandel	328
1.2.1. Re-trafficking	329
1.2.2. Einschüchterungs- oder Vergeltungsmassnahmen	330
1.2.3. Stigmatisierung, Diskriminierung, soziale Ausgrenzung	331
1.2.4. Gesundheitliche Probleme	332
2. Das Verbot der Sklaverei als Unzulässigkeitsgrund	334
3. Das Verhältnis zwischen Folter- und Sklavereiverbot	338
III. Unzumutbarkeit des Wegweisungsvollzugs	339
1. Medizinische Notlagen	342
1.1. Allgemeine Voraussetzungen	342
1.2. Anwendung auf Opfer von Menschenhandel	342
2. Die Kombination von Faktoren	343
2.1. Allgemeine Voraussetzungen	343
2.2. Anwendung auf Opfer von Menschenhandel	344
3. Das Kindeswohl	345
3.1. Allgemeine Voraussetzungen	345
3.2. Anwendung auf minderjährige Opfer von Menschenhandel	346

IV. Zwischenfazit zu den Wegweisungsvollzugshindernissen	347
V. Umsetzungsbedarf in der Praxis	349
TEIL III: AUSWIRKUNGEN DES MENSCHENHANDELSBEKÄMPFUNGSRRECHTS AUF DAS ASYLVERFAHREN	351
§ 9 Erkennen und Identifizieren: Ausgangslage	353
I. Die Bedeutung von Erkennen und Identifizieren im Asylverfahren	353
II. Aktuelle Praxisvorgaben in der Schweiz	355
1. Standardprozesse innerhalb des SEM	357
2. Sensibilisierung und Ausbildung	360
3. Bewertung der aktuellen Praxisvorgaben	361
3.1. Nichtöffentliche Regelung	361
3.2. Starkes Gewicht auf „self-reporting“	361
3.3. Kaum Vorgaben zum Erkennen bei fortgeschrittenem Asylverfahren	364
3.4. (Fehlende) Verfahrensrechte für die Opfer	364
3.5. Kaum institutionalisierte Kooperation	365
3.6. Keine formelle Identifizierung	366
4. Schlussfolgerungen von GRETA und CEDAW	369
III. Zwischenfazit	370
§ 10 Erkennungsstufe im Asylverfahren	371
I. Rekapitulation der rechtlichen Vorgaben	371
II. Exkurs: Erkennung im Europäischen Asyl-Acquis	372
III. Sicherstellen des Erkennens	375
1. Screening	375
2. Sensibilisierung aller Mitarbeitenden	377
3. Verwendung von Indikatorenlisten	379
IV. Die Auslösungsschwelle „konkrete Anhaltspunkte“	380
V. Zwischenfazit und Umsetzungsbedarf auf Erkennungsstufe in der Schweiz	382

§ 11 Auswirkungen des Erkennens konkreter Anhaltspunkte	384
I. Übersicht	384
II. Gewähren einer Erholungs- und Bedenkzeit	384
1. Aktuelle Praxis in der Schweiz	385
1.1. Erholungs- und Bedenkzeit nach Art. 35 VZAE	385
1.2. Keine ausdrückliche Erholungs- und Bedenkzeit im Asylbereich	387
2. Mögliche Umsetzung der Erholungs- und Bedenkzeit im Asylverfahren	390
2.1. Rechtsgrundlage	391
2.2. Ausgestaltung	393
3. Umsetzungsbedarf <i>de lege ferenda</i>	395
III. Schutz der physischen Sicherheit	396
1. Übersicht	396
2. Polizeiliche Gefahrenabwehr	397
3. Opfer- und Zeugenschutz im Strafverfahren	398
4. Schutzmassnahmen im Asylbereich	400
4.1. Massnahmen im Falle des „Untertauchens“	401
4.2. Prävention des „Untertauchens“	403
5. Umsetzungsbedarf in der Praxis	406
IV. Gewährleisten der Unterstützung	407
1. Grundsätzliche Pflicht zur Gewährleistung der Unterstützung auch im Asylverfahren	407
2. Opferhilfe in der Schweiz	409
2.1. Das Opferhilfesystem bei Menschenhandel	409
2.2. Ausschluss der Opferhilfe bei ausländischem Tatort	411
2.3. Opferhilfe bei ausländischem Tatort: Umsetzungsmöglichkeiten <i>de lege ferenda</i>	413
3. Unterstützung im Rahmen der Asylsozialhilfe	414
3.1. Angemessene und sichere Unterkunft	415
3.1.1. Unterbringung von Asylsuchenden in der Schweiz	416
3.1.2. Gesonderte Unterbringung für Menschenhandelsopfer	417
3.1.3. Finanzierung der Unterkunft	421
3.1.4. Ausblick auf die Neustrukturierung des Asylbereichs	422

3.1.5. Umsetzungsbedarf	423
3.2. Medizinische (Not-)Versorgung	424
3.3. Psychologische und psychiatrische Unterstützung	426
3.4. Information und Beratung	427
3.5. Rechtsberatung und -vertretung	428
3.5.1. Aktuelle Situation	429
3.5.2. Rechtsberatung und –vertretung mit der Neustrukturierung des Asylbereichs	432
3.5.3. Umsetzungsbedarf	433
4. Zwischenfazit zur Unterstützung im Asylverfahren	435
V. Doppelte Weiterverweisungspflicht	436
1. Überweisung ins Identifizierungsverfahren	436
2. Weiterverweisung an die Unterstützungsstellen	437
3. Umsetzungsmöglichkeit: Nationaler Weiterverweisungsmechanismus	439
VI. Suspendierung des Asylverfahrens	440
VII. Zwischenfazit zu den Auswirkungen des Erkennens im Asylverfahren	442
§ 12 Formelles Identifizierungsverfahren	444
I. Rekapitulation der rechtlichen Vorgaben	445
II. Die zuständige Stelle für die Identifizierung	446
1. Internationale Vorgaben	447
1.1. Bezeichnung einer zuständigen Stelle	447
1.2. Wirksamkeit	447
1.3. Diskriminierungsverbot	449
1.4. Multidisziplinarität	449
1.5. Zwischenergebnis: unabhängige, multidisziplinäre Identifizierungsstelle	450
2. Beispiele anderer Länder	451
3. Vorschlag: Kommissionsmodell	454
3.1. Funktionsweise der Kommission	455
3.2. Bewertung des Kommissionsmodells	460

III. Umsetzung in der Schweiz	462
1. Mögliche administrative Einbettung der Identifizierungskommission	463
1.1. Geschäftsstelle	463
1.2. Kommissionsmitglieder	464
2. Möglicher Ablauf des Verfahrens	464
2.1. Erkennungsstufe	465
2.1.1. Weiterverweisung an die Geschäftsstelle	465
2.1.2. Vorprüfung	466
2.1.3. Erholungs- und Bedenkzeit, Eröffnung des Identifizierungsverfahrens und Gewährleisten der Opferrechte	467
2.1.4. Vorgehen bei Minderjährigen	468
2.2. Identifizierungsstufe	468
2.2.1. Untersuchung und Entscheidvorbereitung durch die Geschäftsstelle	468
2.2.2. Entscheidfindung in der Kommission	471
2.2.3. Identifizierungsentscheid	471
2.2.4. Vorgehen nach dem Identifizierungsentscheid	472
3. Umsetzungsbedarf <i>de lege ferenda</i>	472
IV. Zwischenfazit zum formellen Identifizierungsverfahren	474
§ 13 Auswirkungen der formellen Identifizierung	475
I. Regularisierung des Aufenthalts	475
1. Aufenthaltsoptionen für Menschenhandelsopfer in der Schweiz	476
1.1. Kurzaufenthaltsbewilligung für die Dauer des Strafverfahrens	479
1.2. Härtefallbewilligung	482
1.3. Status während des Asylverfahrens	485
1.4. Asylgewährung	487
1.5. Vorläufige Aufnahme	490
2. Bewertung	494
2.1. Vergleich der Aufenthaltsoptionen	494
2.2. Wechsel des Verfahrens?	501
3. Zwischenfazit zum Vergleich der Aufenthaltsoptionen	505
4. Umsetzungsbedarf in der Praxis	506

II. Auswirkungen der formellen Identifizierung auf das weitere Asylverfahren	508
1. Gesteigerte Abklärungspflicht	508
2. Übergabe des Dossiers an spezialisierte Mitarbeitende	512
3. Verhältnis von Identifizierungs- und Asylentscheid	513
4. Umsetzungsbedarf in der Praxis	515
III. Erweiterte Unterstützungspflichten	515
1. Zugang zu medizinischer Versorgung	517
2. Zugang zum Arbeitsmarkt	518
IV. Rückkehr in Sicherheit und Würde	519
1. Rekapitulation und Übersicht	519
2. Wegweisungsverfügung und Ansetzung einer Ausreisefrist	521
3. Selbstständige Ausreise und Rückkehrhilfe	523
3.1. Vorgaben der Europaratskonvention	523
3.2. Besondere Rückkehrhilfe für Menschenhandelsopfer	523
3.3. Bewertung der Rückkehrhilfe	526
4. Ausländerrechtliche Haft	528
4.1. Die ausländerrechtliche Administrativhaft in der Schweiz	529
4.2. Anordnung der Haft bei identifizierten Menschenhandelsopfern	533
4.3. Haftbedingungen für Menschenhandelsopfer	537
5. Ausschaffung	541
6. Zwischenfazit und Umsetzungsbedarf zur Rückkehr	546
V. Zwischenfazit zu den Auswirkungen des Identifizierens im Asylverfahren	547
§ 14 Auswirkungen von Erkennung und Identifizierung auf die Zuständigkeit zur Durchführung des Asylverfahrens	550
I. Übersicht	550
II. Standardabläufe des SEM	554
III. Umsetzung der Opferschutzverpflichtungen im Dublin-Verfahren	557
1. Gewährung der Erholungs- und Bedenkzeit	557
1.1. Zuständigkeitsübergang durch Ausstellen eines Aufenthaltstitels?	558

1.2. Zuständigkeitsübergang durch Fristablauf	560
1.3. Kommentar zur aktuellen Praxis	561
2. Durchführung eines Identifizierungsverfahrens	561
2.1. Zuständigkeitsübergang durch Ausstellen eines Aufenthaltstitels?	562
2.2. Zuständigkeitsübergang durch Fristablauf	562
2.3. Kommentar zur aktuellen Praxis	563
IV. Mögliche Anwendung der Zuständigkeitskriterien auf Menschenhandelsopfer	563
1. Unbegleitete minderjährige Menschenhandelsopfer	564
2. Selbsteintritt	566
2.1. Selbsteintrittsrecht und gerichtliche Kognition	566
2.2. „Humanitäre Gründe“ im Menschenhandelskontext	567
2.3. Selbsteintrittspraxis der Schweiz bei Menschenhandelsopfern	569
3. Überstellungsverbot	570
3.1. Verletzung von Art. 3 oder 4 EMRK	571
3.2. Einholen individueller Garantien	572
3.3. Kommentar zur aktuellen Praxis	573
V. Dublin-Überstellung	575
1. Staatlicher Informationsaustausch	576
1.1. Information über besondere Bedürfnisse der Person	576
1.2. Übermittlung von Gesundheitsdaten	577
1.3. Grenzen des Informationsaustausches	577
2. Information des Opfers	578
3. Vollzug der Überstellung	579
VI. „Drittstaatenfälle“	579
VII. Zwischenfazit zu den Auswirkungen auf die Zuständigkeitsbestimmung	581
SCHLUSSFOLGERUNGEN	585
I. Breite rechtliche Basis und weitreichende Verpflichtungen	585
II. Potential für materielle Schutzgewährung	585
III. Prozedurale Verbindung zweier Rechtsgebiete	588
IV. Ein idealtypisches Identifizierungsmodell	589
V. Dublin-Verfahren	592

VI. Anpassungsbedarf	593
1. Kooperation	594
2. Sensibilisierung und Weiterbildung	594
3. Erarbeiten von Arbeitsinstrumenten	595
4. Legislative Anpassungen	595
VII. Weiterer Forschungsbedarf	596
Literaturverzeichnis	599
Materialienverzeichnis	621
Verzeichnis abgekürzt zitierter Judikatur und Praxis internationaler Überwachungsorgane	625

Abkürzungen

AB	Amtliches Bulletin
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
aBV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874, BS 1 3 (ausser Kraft)
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Resolution 217 A (III) der Generalversammlung vom 10. Dezember 1948
AEUV	Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ABl. C 326 vom 26. Oktober 2012, S. 47
AJP	Aktuelle Juristische Praxis
AOZ	Asyl-Organisation Zürich
ARK	Asylrekurskommission
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechts
ASYL	Schweizerische Zeitschrift für Asylrecht und -praxis
AsylG	Asylgesetz vom 26. Juni 1998, SR 142.31
AsylV 1	Asylverordnung 1 vom 11. August 1999 über Verfahrensfragen, SR 142.311
AsylV 2	Asylverordnung 2 vom 11. August 1999 über Finanzierungsfragen, SR 142.312
AsylV 3	Asylverordnung 3 vom 11. August 1999 über die Bearbeitung von Personendaten, SR 142.314
Aufl.	Auflage
AufenthaltstitelsRL	Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren, ABl. L 261 vom 6.8.2004, S. 19 ff.
AufnahmeRL	Richtlinie 2013/33/EU des Europäischen Parlament und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen (Aufnahmerichtlinie), ABl. L 180 vom 29. Juni 2013, S. 96
AuG	Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer, SR 142.20
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Deutschland)
BDLF	Datenbank der freiburgischen Gesetzgebung
BRK	Übereinkommen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Behindertenrechtskonvention), SR 0.109
BFM	Bundesamt für Migration (heute SEM)

Abkürzungen

BGE	Bundesgerichtsentscheid (publiziert)
BGer	Bundesgericht
BGFA	Bundesgesetz vom 23. Juni 2000 über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte, SR 935.61
BPG	Bundespersonalgesetz vom 24. März 2000, SR 172.220.1
BSG	Bernische Systematische Gesetzessammlung
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999, SR 101
BVGE	Bundesverwaltungsgerichtsentscheid (publiziert)
BVGer	Bundesverwaltungsgericht
BzP	Befragung zur Person
CAT	Committee against Torture
CEDAW	Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, SR 0.108
CHF	Schweizer Franken
CO	Concluding Observations
CPT	European Committee for the Prevention of Torture
CRC	Committee on the Rights of the Child
CRPD	Committee on the Rights of Persons with Disabilities
CSP	Centre Social Protestant
DAA	Abkommen vom 26. Oktober 2004 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in der Schweiz gestellten Asylantrags (Dublin-Assoziierungsabkommen), SR 0.142.392.68
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
d.h.	das heisst
Diss.	Dissertation
DR Kongo	Demokratische Republik Kongo
DSG	Bundesgesetz vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz, SR 235.1
Dublin-Durchführungs-Verordnung	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 118/2014 der Kommission vom 30. Januar 2014 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1560/2003 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist, Abl. L 39 vom 8. Februar 2014, S. 1
DVO / Dublin-III-Verordnung	Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Dublin-III-Verordnung), ABI. L 180 vom 29. Juni 2013, S. 31
E.	Erwägung
EAISO	European Asylum Support Office

EDAL	European Database of Asylum Law
EDI	Eidgenössisches Departement des Inneren
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EJPD-VO	Verordnung des EJPD vom 24. November 2007 über den Betrieb von Unterkünften des Bundes im Asylbereich, SR 142.311.23
EKM	Europaratskonvention
EMARK	Entscheidungen und Mitteilungen der Schweizerischen Asylrekurskommission
EMRK	Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, SR 0.101
erw.	erweitert
et al.	und andere
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
Europaratskonvention	Konvention des Europarats vom 16. Mai 2005 zur Bekämpfung des Menschenhandels, SR 0.311.543
EUV	Vertrag über die Europäische Union, ABl. C 326 vom 26. Oktober 2012, S. 1
EVZ	Empfangs- und Verfahrenszentrum
f./ff.	folgende/fortfolgende
fedpol	Bundesamt für Polizei
FiZ	Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration Zürich
GFK	Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, SR 0.142.30
Fn.	Fussnote
FoK	Übereinkommen vom 10. Dezember 1984 gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (Antifolterkonvention), SR 0.105
FP 2 KRK	Fakultativprotokoll vom 25. Mai 2000 zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, SR 0.107.2
FRA	Europäische Grundrechteagentur
FZA	Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit (Freizügigkeitsabkommen), SR 0.142.112.681
GC	Grand Chamber
GEAS	Gemeinsames Europäisches Asylsystem
GespeVer	Geschlechtsspezifische Verfolgung
GlG	Bundesgesetz vom 24. März 1995 über die Gleichstellung von Frau und Mann, SR 151.1

Abkürzungen

GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union, ABl. C 83 vom 30. März 2010, S. 389
GRETA	Group of Experts on Action against Trafficking in Human Beings
GREVIO	Group of Experts on Action against Violence against Women and Domestic Violence
ibid.	ebenda
ICTY	International Criminal Court for the former Yugoslavia
IGH	Internationaler Gerichtshof
insb.	insbesondere
IOM	Internationale Organisation für Migration
i.S./i.S.v.	im Sinne/im Sinne von
Istanbul-Konvention	Übereinkommen des Europarats vom 11. Mai 2011 zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, CETS Nr. 210
i.V.m.	in Verbindung mit
Kartellgesetz	Bundesgesetz vom 6.10.1995 über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen, SR 251
KESB	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde
KRK	Übereinkommen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes (Kinderrechtskonvention), SR 0.107
KLV	Verordnung des EDI vom 29. September 1995 über Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung, SR 832.112.31
KSM	Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschen-smug-gel
KVG	Bundesgesetz vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung, SR 832.10
Lanzarote-Konvention	Übereinkommen des Europarats vom 25. Oktober 2007 zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch, SR 0.311.40
LAsi	Loi sur l'asile (=AsylG)
lit.	Litera
LS	Gesetzessammlung des Kantons Zürich
m.a.W.	mit anderen Worten
m.E.	meines Erachtens
MenschenhandelsRL	Richtlinie 2011/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2011 zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/629/JI des Rates, ABl. L 101 vom 15.4.2011, S. 1
Menschenhandelsverordnung	Verordnung vom 23. Oktober 2013 über Massnahmen zur Verhütung von Straftaten im Zusammenhang mit Menschenhandel, SR 311.039.3
MRA	Menschenrechtsausschuss
MSHTU	Modern Slavery Human Trafficking Unit
MStG	Militärstrafgesetz vom 13. Juni 1927, SR 321.0
m.w.H.	mit weiteren Hinweisen

m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
nAIG	Ausländer- und Integrationsgesetz (noch nicht in Kraft)
nAsylG	noch nicht in Kraft getretene Änderungen des AsylG
NGO	Non-governmental Organization
N/Nr./No.	Nummer
NKVF	Nationale Kommission zur Verhütung von Folter
NRM	National Referral Mechanism
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
ODM	Office fédéral des migrations (heute SEM)
OHCHR	Office of the High Commissioner for Human Rights
OHG	Bundesgesetz vom 23. März 2007 über die Hilfe an Opfer von Straftaten, SR 312.5
OK-Übereinkommen	Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 15. November 2000 gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, SR 0.311.54
OMH	Opfer von Menschenhandel
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Pakt I	Internationaler Pakt vom 16. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, SR 0.103.1
Pakt II	Internationaler Pakt vom 16. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte, SR 0.103.2
Palermo-Protokoll	Zusatzprotokoll vom 15. November 2000 zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, SR 0.311.542
QRL	Richtlinie 2011/95/EU des europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (Qualifikationsrichtlinie), ABl. L 337 vom 20. Dezember 2011, S. 9
RBS	Rechtsberatungsstelle
RDV	Verordnung vom 14. November 2012 über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen, SR 143.5
resp.	respektive
RL	Richtlinie
RLTI	Raccolta delle leggi vigenti del cantone Ticino
Römer Statut	Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofs vom 17. Juli 1998, SR 0.312.1
RSJU	Recueil systématique jurassien
RFRL	Richtlinie 2008/115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (Rückführungsrichtlinie), ABl. L 348 vom 24. Dezember 2008, S. 98

Abkürzungen

Rz.	Randziffer
S.	Seite
SAA	Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft über die Assoziierung dieses Staates bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands vom 26. Oktober 2004 (Schengen-Assoziierungsabkommen), SR 0.362.31
SAARC	South Asian Association for Regional Cooperation
SEM	Staatssekretariat für Migration (ehemals BFM)
SFH	Schweizerische Flüchtlingshilfe
SGS	Systematische Gesetzessammlung des Kantons Basel-Landschaft
SKMR	Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte
Sklavereiabkommen	Sklavereiabkommen vom 25. September 1926, SR 0.311.37
Sklavereizusatzübereinkommen	Zusatzübereinkommen vom 7. September 1956 über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Praktiken, SR 0.311.371
SKOS	Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe
SODK	Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren
sog.	sogenannt
SR	Systematische Rechtssammlung des Schweizer Rechts
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937, SR 311.0
StPO	Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007, SR 312.0
TestV	Verordnung vom 4. September 2013 über die Durchführung von Testphasen zu den Beschleunigungsmassnahmen im Asylbereich, SR 142.318.1
TIP	Trafficking in Persons
u.a.	unter anderem / und andere
UAbs	Unterabsatz
Übereinkommen Nr. 29	Übereinkommen Nr. 29 vom 28. Juni 1930 über Zwangs- oder Pflichtarbeit, SR 0.822.713.9
Übereinkommen Nr. 105	Übereinkommen Nr. 105 vom 25. Juni 1957 über die Abschaffung der Zwangsarbeit, SR 0.822.720.5
Übereinkommen Nr. 138	Übereinkommen Nr. 138 vom 26. Juni 1973 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung, SR 0.822.723.8
Übereinkommen Nr. 182	Übereinkommen Nr. 182 vom 17. Juni 1999 über das Verbot und unverzügliche Massnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit, SR 0.822.728.2
UK	United Kingdom
UKBA	United Kingdom Border Agency
UKHTC	United Kingdom Human Trafficking Centre
UKVI	UK Home Office Visas and Immigration
UN/UNO	United Nations
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees

UNICEF	United Nations Children Fund
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime
UNTS	United Nations Treaty Series
US/USA	United States of America
überarb.	überarbeitet
v.	versus
VA	Vorläufige Aufnahme
VerfRL	Richtlinie 2013/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes (Verfahrensrichtlinie), ABl. L 180 vom 29. Juni 2013, S. 60
VG	Verwaltungsgericht
VGG	Bundesgesetz vom 17. Juni 2005 über das Bundesverwaltungsgericht, SR 173.32
vgl.	vergleiche
Visakodex	Verordnung (EG) Nr. 810/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über einen Visakodex der Gemeinschaft, ABl. L 243 vom 15. September 2009, S. 1
VRK	Wiener Übereinkommen vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge, SR 0.111
VwVG	Bundesgesetz vom 20. Dezember 1968 über das Verwaltungsverfahren, SR 172.021
VVWA	Verordnung vom 11. August 1999 über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen, SR 142.281
VZAE	Verordnung vom 24. Oktober 2007 über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit, SR 142.201
WHO	World Health Organization
ZAG	Bundesgesetz vom 20. März 2008 über die Anwendung polizeilichen Zwangs und polizeilicher Massnahmen im Zuständigkeitsbereich des Bundes, SR 364
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
ZAV	Verordnung vom 12. November 2008 über die Anwendung polizeilichen Zwangs und polizeilicher Massnahmen im Zuständigkeitsbereich des Bundes, SR 364.3
z.B.	zum Beispiel
ZEMIS	Zentrales Migrationsinformationssystem
ZEMIS-Verordnung	Verordnung vom 12. April 2006 über das zentrale Migrationsinformationssystem, SR 142.513
ZeugSG	Bundesgesetz vom 23. Dezember 2011 über den ausserprozessualen Zeugenschutz, SR 312.2
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907, SR 210
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert

